

Wolfgang Kubiczek

Militärische Vertrauensbildung in der Sackgasse?

Der Fundus von vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen aus dem Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag) – Transparenz durch Tausende von Vor-Ort-Inspektionen, Verhinderung groß angelegter Überraschungsangriffe – ist für Europa verloren gegangen. Die Positionen der Hauptakteure sind diametral entgegengesetzt. Sie bieten kaum Raum für Kompromisse. Dazu fehlt es derzeit an politischem Willen. Der von Deutschland angeregte „strukturierte Dialog“ könnte zu einer politisch-militärischen Deeskalation führen.

1990 – mit der beginnenden Neuordnung Europas – existierten zwei gegensätzliche Vorstellungen über die künftige Sicherheitsarchitektur auf dem Kontinent. Die eine ging von einer die Sowjetunion (später Russland) einschließenden gesamteuropäischen Ordnung aus, bei der der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) unter Auflösung der bestehenden Militärblöcke eine zentrale Rolle zukommen sollte. Dagegen stand das Konzept der Sieger des Kalten Krieges, die, entgegen der von ihnen in den Verhandlungen zur deutschen Einheit abgegebenen Versicherungen, eine Stärkung des westlichen Militärbündnisses und seine maximale Ausdehnung nach Osten anstrebten. Letzteres obsiegte, so dass man heute mit Dmitri Trenin vom Moskauer Ableger des US-Think Tanks „Carnegie Endowment“ einschätzen kann: „Die Hauptursache für Konfrontation, Entfremdung und Konflikt war die Unfähigkeit nach dem Kalten Krieg ein Sicherheitssystem in Europa zu entwickeln, das Russland einschließt.“

Dabei schienen die Voraussetzungen, den gesamteuropäischen Weg zu beschreiten, mit der Institutionalisierung der KSZE und ihrer Umwandlung zur OSZE, der *Charta von Paris für ein neues Europa*, vor allem aber mit den drei neu geschaffenen Säulen der konventionellen Rüstungskontrolle - dem Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag), dem Vertrag über den offenen Himmel (Open Skies Treaty) sowie dem Wiener Dokument über vertrauens- und sicherheitspolitische Maßnahmen in Europa – durchaus günstig. Die Evolution des Wiener Dokuments nach 1990 kann nicht isoliert betrachtet werden, sondern muss in engem Zusammenhang mit der Entwicklung der anderen beiden Instrumente der konventionellen Rüstungskontrolle in Europa gesehen werden. Die ersten Ergebnisse vor allem des KSE-Vertrages waren phänomenal: es wurden 58.000 Stück schwere Waffensysteme und Ausrüstungen abgerüstet, die Personalstärke der Streitkräfte wurde im Vertragsgebiet um 1,2 Millionen Mann reduziert und die militärische Vertrauensbildung mit einem ständigen System des Informationsaustausches, der Notifikation und Verifikation, der Transparenz durch Tausende von Vor-Ort-Inspektionen und durch die Beseitigung der Fähigkeit zu großangelegten Überraschungsangriffen gestärkt.

Heute bleibt das Wiener Dokument, trotz aller noch zu erläuternden Schwierigkeiten, das am besten funktionierende Element dieser drei Säulen der gesamteuropäischen Sicherheitsarchitektur. Dagegen wurde der KSE-Vertrag von Russland 2007 einseitig, allerdings nicht unbegründet, suspendiert. Dabei hat ein großes und gut funktionierendes Paket an VSBM unwiederbringlichen Schaden genommen. Denn wie Botschafter a.D. Rüdiger Hartmann, u.a. Vertreter der BRD bei der High Level Task Force, die das NATO-Konzept für die KSE entwarf, die Bedeutung des Vertrages für die militärische Vertrauensbildung charakterisierte: „Das Herz des Regimes bildete sein intrusives Informations- und Verifikationssystem. Der dichte Datenaustausch führte durch Offenlegung der Streitkräftestrukturen, der Zahlen und Standorte von Waffen und Ausrüstungen sowie des Umfangs des Militärpersonals zu hoher Transparenz im militärischen Bereich. Das Inspektionsregime bewährte sich bei der Überprüfung der Einhaltung der vertraglichen Verpflichtungen; die persönlichen Kontakte während der Inspektionen förderten den Abbau konfrontativen Denkens.“

Die Inspektionstätigkeit im Rahmen des Vertrages über den offenen Himmel stieß in den letzten Jahren zwar wiederholt auf Schwierigkeiten und Unterbrechungen. Dennoch bleibt der Vertrag bislang noch funktionsfähig. Automatisch erhöht sich damit auch die politische Bedeutung des Wiener Dokuments für die europäische Sicherheit.

Trotz aller Probleme – Das Wiener Dokument 2013

Das Wiener Dokument ist eine politisch verbindliche Vereinbarung zwischen 57 Staaten im Rahmen des KSZE/OSZE-Prozesses und entfaltet damit, im Unterschied zu den beiden genannten Verträgen, keine völkerrechtlich bindende Wirkung. Seine Anwendungszone ist „ganz Europa sowie das angrenzende Seegebiet und der angrenzende Luftraum“. Damit sind der asiatische Teil Russlands und der Türkei, die Mongolei sowie die USA und Kanada ausgeklammert. Letztere sind nur insoweit betroffen als deren Truppen in der Anwendungszone stationiert sind. Die Territorien der kaukasischen und mittelasiatischen ehemaligen Sowjetrepubliken gehören dagegen zur Anwendungszone des Dokuments.

Das derzeit gültige Wiener Dokument-2011 beinhaltet unter anderen folgende Maßnahmen:

- jährlicher Austausch von Informationen zur militärischen Organisation, zu den Hauptwaffensystemen und deren Dislozierung, zu geplanten Anhebungen der Personalstärke;
- jährlicher Informationsaustausch über Verteidigungspolitik, Doktrinen und Finanzhaushalte; dazu gehören jährliche Treffen der Teilnehmerstaaten zur Verteidigungsplanung; wünschenswert wären regelmäßige Seminare zu Militärdoktrinen auf hoher Ebene;
- ein Mechanismus zur Risikoreduzierung wie Konsultationen und Zusammenarbeit bei ungewöhnlichen militärischen Aktivitäten oder gefährlichen Zwischenfällen militärischer Art;

- Förderung militärischer Kontakte wie Besuche von Militärs aller Teilnehmerstaaten auf einem Luftstützpunkt und einer militärischen Einrichtung im fünfjährigem Abstand; Vorführung neuer Waffentypen und Ausrüstung innerhalb eines Jahres nach deren Einführung; gemeinsame militärische Übungen, Seminare usw.;
- Pflicht zur rechtzeitigen Ankündigung (spätestens 42 Tage im Voraus) von militärischen Aktivitäten wie Manövern und Zulassung von Beobachtern ab einer bestimmten Größenordnung; eine Ankündigung ist ab 9.000 Soldaten, 250 Kampfpanzer und 500 Kampffahrzeugen erforderlich; für die Zulassung von Beobachtern gelten Maßnahmen mit 13.000 Soldaten, 300 Kampfpanzern und 500 Militärfahrzeugen.

Das von den Teilnehmerstaaten benannte Ziel des Dokuments ist es, Fortschritte bei der Festigung des Vertrauens und der Sicherheit auf militärischem Gebiet zu erzielen und integraler Bestandteil des multilateralen Prozesses zur Rüstungskontrolle und Abrüstung in Europa zu sein. Letzteres befindet sich bekanntlich in der Sackgasse und wird lediglich auf niedrigster diplomatischer Ebene in informellen Kontakten besprochen. Bleibt das Wiener Dokument, dessen Regelwerk, wie der ehemalige Leiter des militärischen Bereichs der deutschen Vertretung bei der OSZE in Wien, Oberst a.D. Wolfgang Richter feststellt, „nicht der Begrenzung, sondern der Offenlegung militärischer Bestände, der Herstellung regelmäßiger militärischer Kontakte und vor allem der Transparenz militärischer Aktivitäten, also der Frühwarnung [dient].“ Aber auch dieses „Minimalprogramm“ der Rüstungskontrolle stößt unter den heutigen politisch-militärischen Bedingungen in Europa auf erheblichen Widerstand.

Der politische Prozess zur Schaffung von Bedingungen für militärische Vertrauensbildung und Transparenz in Europa nahm seinen Anfang in der Zeit des Kalten Krieges und der Blockkonfrontation. Die KSZE-Schlussakte von 1975 enthält ein Dokument über vertrauensbildende Maßnahmen „auf freiwilliger Grundlage“ mit den Maßnahmen Vorankündigung von größeren militärischen Manövern, Austausch von Beobachtern und vorherige Ankündigung größerer militärischer Bewegungen. Erhebliche Fortschritte konnten im Ergebnis der Stockholmer Konferenz der KSZE über Vertrauensbildung (1984-1986) – immer noch unter Bedingungen der Blockkonfrontation, aber mit der Politik des Neuen Denkens in der Sowjetunion – erreicht werden. Dort verpflichteten sich die Teilnehmerstaaten unter anderem 42 Tage zuvor zur Notifikation von militärischen Bewegungen ihrer Landstreitkräfte in der Zone vom Atlantik bis zum Ural, wenn daran mehr als 13.000 Soldaten und 300 Panzer beteiligt sind. Außerdem waren Militärbeobachter aller KSZE-Staaten einzuladen, wenn Truppenbewegungen mehr als 17.000 Mann umfassten.

Die neue Linie der Moskauer Außenpolitik unter Michael Gorbatschow führte von 1986 bis 1989 zu einer qualitativen Ausweitung der in Verbindung mit der KSZE behandelten politisch-militärischen Tagesordnung. Im Ergebnis konnten auf dem Pariser Gipfel 1990 der KSE-Vertrag und das Wiener Dokument über VSBM abgeschlossen werden. 1992

folgte der Vertrag über den offenen Himmel. Mit dem späteren Zerfall der Sowjetunion traten die auf ihrem Territorium entstandenen 15 neuen Staaten der KSZE bei, wodurch die im Wiener Dokument beschlossenen VSBM automatisch auch Anwendung auf die Neumitglieder fanden, was später auch auf die neuen Staaten des Balkans außer auf den Kosovo zutraf. Gerade die Konflikträchtigkeit dieser Regionen führte in den Folgejahren zu zusätzlichen Schwierigkeiten bei der Implementierung des Wiener Dokuments.

In den 1990er Jahren wurde das Wiener Dokument 1992, 1994 und 1999 weiter aktualisiert. 1992 wurde seine Wirkungsweise verstärkt, indem die einschlägigen Schwellenwerte für Personalstärke (von 13.000 auf 9.000) und für schwere Kampfpanzer (von 300 auf 250) abgesenkt wurden. Der Helsinki-Gipfel der KSZE von 1992 beschloss zugleich die Bildung des wöchentlich in Wien tagenden „Forums für Sicherheitskooperation“ („Forum for Security Cooperation“ – FSC), das sich mit politisch-militärischen Fragen im OSZE-Raum, darunter mit Rüstungskontrolle und militärischer Vertrauensbildung befasst. Es ist neben dem Ständigen Rat eines der beiden beschlussfassenden Gremien der OSZE.

Ein ebenfalls 1992 in Helsinki beschlossenes Sofortprogramm führte bei der Wiederauflage des Wiener Dokuments 1994 zur Bildung des „Global Exchange of Military Information – GEMI“ (Weltweiter Austausch Militärischer Information) als eine Maßnahme zur Ausweitung der militärischen Transparenz. Danach wurden die obligatorisch von den Teilnehmerstaaten jährlich zur Verfügung zu stellenden Angaben auf Informationen über Kommandostrukturen und Personal, über den Bestand an Hauptwaffensystemen und Großgerät und über im letzten Kalenderjahr aus eigener Produktion und dem Import neu in Dienst gestellte Waffen- und Gerätesysteme ausgedehnt – um einige zentrale Bestimmungen zu nennen.

Das 1997 gebilligte Mandat über die Verhandlungen zur Modernisierung des Wiener Dokuments von 1994 sah eine „substantielle Erneuerung“ von VSBM „unter Berücksichtigung der neuen politisch-militärischen Realitäten“ vor. Zu letzteren gehörte, dass die NATO 1997 Polen, Tschechien und Ungarn – unter Bruch der bei der deutschen Wiedervereinigung gemachten Zusicherungen – Beitrittsverhandlungen angeboten hatte. Obwohl die westlichen Länder, vor allem die USA und Großbritannien, öffentlich ihre Zustimmung zu einer Anpassung des Wiener Dokuments von 1994 bekundeten, verfolgten sie in der Praxis einen Kurs auf rein kosmetische Korrekturen, um ihre Handlungsfreiheit im künftigen NATO-Beitrittsgebiet nicht zu beschränken. So blieben die russischen Initiativen zur Ausdehnung der VSBM auf die Seestreitkräfte sowie auf den Streitkräftetransit über Landesgrenzen hinweg unberücksichtigt, was im Umkehrschluss auch NATO-Vorschläge wie Ausdehnung der VSBM auf Kräfte der inneren Sicherheit betraf. Substantiell war allein die Ergänzung des Wiener Dokuments durch regionale Maßnahmen, wonach die Teilnehmerstaaten auf freiwilliger Grundlage die VSBM des Wiener Dokuments mit politischen und juristischen Maßnahmen ergänzen konnten, die den regionalen Bedingungen entsprachen. Vorbild waren die Nachfolgevereinbarungen

zum Dayton-Vertrag, der 1995 den Krieg in Bosnien und Herzegowina beendet hatte. Sie sahen drastischere Reduzierungen und Kontrollmaßnahmen vor, als im KSE-Vertrag und im Wiener Dokument vorgesehen waren.

Der Westen zeigte in den ersten Jahren des neuen Jahrtausends kein großes Interesse an einer Weiterentwicklung des Wiener Dokuments. Vorrang hatten die NATO-Osterweiterung und die Auseinandersetzung um die von den NATO-Staaten verweigerte Ratifizierung des 1999 in Istanbul unterzeichneten Angepassten KSE-Vertrages. Russland war in jener Zeit der deutlich aktivere Teil bei der Suche nach einer Modernisierung des Wiener Dokuments von 1999. 2003 schlug Moskau das „Muster eines erneuerten WD-99“ vor, stieß damit im Westen allerdings nicht auf Gegenliebe. Der sah keine Notwendigkeit in einer komplexen Erneuerung des Wiener Dokuments und forderte im Gegenzug die vollständige und rechtzeitige Umsetzung bestehender Bestimmungen. Die politische Situation änderte sich mit der Aufkündigung des KSE-Vertrages durch Russland 2007, das den AKSE-Vertrag im Unterschied zum Westen bereits ratifiziert hatte. Die nachfolgenden Konsultationen zur Überwindung der Krise bei der konventionellen Rüstungskontrolle scheiterten und die NATO richtete nunmehr den Fokus auf eine Stärkung des Wiener Dokuments. Mit dem KSE-Vertrag waren für die NATO wichtige Informationsquellen über die russischen Streitkräfte verloren gegangen, die mit dem Wiener Vertrag von 1999 nicht kompensiert werden konnten. So kam von westlicher Seite die Idee auf, verloren gegangene Kontrollmechanismen aus dem KSE-Vertrag in ein erneuertes Wiener Dokument aufzunehmen. Der Krieg zwischen Georgien und Russland 2007 verstärkte den Drang, die Wirkungsweise des Wiener Dokuments vor und in militärischen Konflikten zu hinterfragen.

Schließlich gelang es 2010, den Prozess der Modernisierung des Wiener Dokuments wieder in Gang zu setzen. Im Forum für Sicherheitskooperation wurde im Mai ein Beschluss gefasst, der es ermöglicht, in Ergänzung zur bestehenden Redaktion des Wiener Dokuments einen Korb zu schaffen (das „Wiener Dokument plus“), in den man nach Vereinbarung neue oder erneuerte VSBM, aber auch prozedurale Maßnahmen legen kann. Jede von ihnen wird bestehende adäquate Bestimmungen ersetzen und tritt sofort in Kraft. Damit werden schrittweise Fortschritte bei der Modernisierung möglich, ohne gleich das gesamte Dokument auszuwechseln. Die letzte Gipfelkonferenz der OSZE Ende 2010 in Astana sprach sich geschlossen für eine erneute Modernisierung des Wiener Dokuments aus.

2011 kam es dann zur bisher letzten Aktualisierung des Wiener Dokuments. Das Ministerratstreffen der OSZE in Vilnius Ende 2011 konnte dazu neun WD-plus-Beschlüsse fassen. In Zukunft sollte das Wiener Dokument alle fünf Jahre aktualisiert werden, um den sich ständig verändernden politischen Bedingungen Rechnung zu tragen. Aus westlicher Sicht wurden jedoch die rein technischen und verfahrenstechnischen Beschlüsse der allgemein erwarteten strategischen Aktualisierung des Wiener Dokuments nicht gerecht (Vilija Aleknaite Abramikiene, Litauen). So konnte keine

Übereinstimmung in für den Westen wichtigen Fragen wie der Schwellenabsenkung für die Notifikation bestimmter militärischer Aktivitäten, einer erhöhten Inspektionszahl oder der kritischen Auseinandersetzung mit Umgehungstatbeständen erreicht werden. Immerhin war der Wiener Prozess am Leben und sowohl der Westen als auch Russland bekundeten ihr Interesse an seiner Weiterführung.

Allerdings verschoben sich immer deutlicher die Positionen. Während der Westen im Unterschied zu früheren Jahren nunmehr ausdrücklich auf eine substantielle Modernisierung des Wiener Dokuments drängte, trat Russland, ebenfalls im Unterschied zu früheren Jahren, verstärkt auf die Bremse. Die Wahrnehmung der dahinter stehenden Interessen hatte sich beiderseits geändert. Nach der Stornierung des KSE-Vertrages und Umsetzungsproblemen beim Open Skies-Vertrag blieb das Wiener Dokument die einzige Möglichkeit für den Westen, auf legalem Wege Informationen über die sich verstärkenden militärischen Aktivitäten Moskaus zu bekommen. Die russische Motivation ging davon aus, genau das zu verhindern. Schließlich hatte man eine groß angelegte Militärreform und ein langfristiges Programm zum Ersatz der alten sowjetischen Militärtechnik durch neue modernere Waffen und Gerätschaften in Angriff genommen.

Mit dem Ukraine-Konflikt 2014 geriet die allmähliche Erneuerung des Wiener Dokuments endgültig ins Stocken. In der Krise selbst wurden die Maßnahmen des Wiener Dokuments vielfach eingesetzt, aber es gelang nicht, die notwendigen Kontrollen in der Ostukraine oder auf der Krim durchzuführen. Dennoch konnten wichtige Lehren gezogen werden, wie der bereits zitierte Wolfgang Richter unter anderem vermerkte: die VSBM nach Wiener Dokument reichen nicht aus, um in Konflikten mit irregulär kämpfenden Kräften Transparenz zu schaffen, hier fehlt der KSE-Vertrag mit seinen Instrumentarien; es stellt sich die Frage, welcher Handlungsbedarf daraus entsteht. In Russland verfestigte sich dagegen unter Experten die Meinung, dass das Wiener Dokument zwar unter günstigen Rahmenbedingungen ein Instrument zur Festigung des Vertrauens ist, nicht aber in komplizierten Krisensituationen.

Gegensätzliche Positionen

Das Positive an einer heutigen Bestandsaufnahme ist die Tatsache, dass sich offiziell alle Beteiligten zum Wiener Dokument in der Redaktion von 2011 und zu seiner Umsetzung bekennen. Das ist es, was es unbedingt zu bewahren gilt, und was vom Vertreter des US-Verteidigungsministeriums, Michael Carpenter, 2016 auf der OSZE-Überprüfungskonferenz treffend charakterisiert wurde: „[...] sogar heute ist das multilaterale, sich gegenseitig verstärkende und miteinander verwobene Netz von OSZE, VSBM und konventionellen Rüstungskontrollvereinbarungen, das im Verlauf der letzten Dekaden errichtet wurde, das stabilste von allen Regionen der Welt.“ Dem Wiener Dokument kommt dabei, trotz anhaltender Kritik an seiner Umsetzung und diametral entgegengesetzter Positionen in Bezug auf seine weitere Modernisierung, eine zentrale Rolle zu.

Der Warschauer NATO-Gipfel 2016 forderte Russland auf, sich aktiv an der Modernisierung des Wiener Dokuments zu beteiligen, um jene Lücken zu schließen, die die militärische Transparenz beeinträchtigen. Dabei hat man besonders die groß angelegten russischen „snap exercises“ im Auge, plötzliche unangekündigte Manöver, mit denen die russische Seite die Einsatzbereitschaft ihrer Streitkräfte überprüft. Gleichzeitig wird die „selektive Implementation“ des Wiener Dokuments durch Russland beklagt. Eine modernisierte Auflage des Wiener Dokuments sollte nach NATO-Absicht noch 2016, auf der Sondersitzung des OSZE Forums für Sicherheitskooperation verabschiedet werden.

Die Antwort Russlands auf besagter Konferenz war unmissverständlich und bekräftigte den seit 2011 vollzogenen Kurswechsel: es gibt keinen Konsens in der Frage der Modernisierung. Das Schicksal des Wiener Dokuments ist untrennbar von der allgemeinen Situation auf dem Gebiet der europäischen Sicherheit. Russland habe über viele Jahre seinen westlichen Partnern vorgeschlagen, das Wiener Dokument zu modernisieren. Die westlichen Partner hätten aber immer geantwortet, das Dokument benötige keine weitere Bearbeitung. Eine Neuauflage des Dokuments würde zur jetzigen Zeit ein falsches Signal senden, nämlich das mit der europäischen Sicherheit alles in Ordnung sei. Die NATO-Linie auf militärische Einhegung Russlands schließe jede Möglichkeit einer Vereinbarung zur Vertrauensbildung aus. Dann aber: „Seine Auflage von 2011 und die in der Folge von WD-plus angenommenen Beschlüsse bleiben in Kraft und werden erfüllt. Wir schließen die Möglichkeit nicht aus, zur Frage der Neuauflage in der Zukunft zurückzukehren, wenn dafür die notwendigen Voraussetzungen herangereift sind.“

Der letzte Strohalm

Die Positionen der beiden Hauptakteure in Fragen der europäischen Sicherheit, der konventionellen Rüstungskontrolle und folglich auch des Wiener Dokuments – der USA und Russlands (die EU ist in ihrem derzeitigen Zustand zu einer solchen Rolle nicht in der Lage) – sind diametral entgegengesetzt und festgefahren. Sie bieten kaum Raum für Kompromisse. Dazu fehlt es derzeit auch an politischem Willen.

Unter solchen Bedingungen ist jedes informelle Dialoggremium willkommen. Tatsächlich gelang es im August 2016 dem damaligen deutschen Außenminister Frank-Walter Steinmeier eine neue Initiative zur konventionellen Rüstungskontrolle ins Leben zu rufen, die sich dann im Dezember als „Strukturierter Dialog“ etablierte, ein zeitlich unbegrenzter und informeller Prozess, in dessen Rahmen die Erörterung politisch-militärischer Fragen möglich ist. Die USA stehen diesem Ansatz skeptisch gegenüber, da es aus ihrer Sicht keine Grundlage für eine Einigung mit Russland gibt, solange in der Ukraine und auf der Krim nicht der Status quo ante hergestellt wird. Unterstützung finden sie bei Ländern wie Großbritannien, Kanada, den baltischen Staaten, Polen, Norwegen, Rumänien. Die deutsche Initiative wird unter anderen von Frankreich, Belgien, Österreich, der Schweiz unterstützt. Russland äußert sich zurückhaltend positiv.

Außenminister Lawrow im April dieses Jahres: „Der im Rahmen (der OSZE) auf Initiative Deutschlands ins Leben gerufene ‚strukturierte Dialog‘ kann zu einem wichtigen Instrument der politisch-militärischen Deeskalation werden. [...] Hauptsache ist, dass sich dieser Dialog nicht in eine endlose Polemik verstrickt, sondern dass er Berührungspunkte sucht.“ Zu diesem Zeitpunkt ist jedenfalls überhaupt nicht klar, ob die Initiative ein weiteres Jahr überleben wird.

Ist militärische Vertrauensbildung in Europa in einer Sackgasse? Die Antwort lautet: teils teils. Die politischen Rahmenbedingungen für weitere Fortschritte sind miserabel und nichts deutet auf eine Besserung. Aber es gibt etwas zu bewahren und zu schützen: das Wiener Dokument 2011 und seine Verfahren für Transparenz, Information, Verifikation. Der ehemalige russische Außenminister (bis 2003) Igor Iwanow – ein überzeugter Europäer – schrieb kürzlich, die einmalige Chance für ein gemeinsames Europa sei verspielt, eine zweite werde sich für die heutige Politikergeneration nicht mehr auftun, man müsse akzeptieren, dass sich die Wege Europas und Russlands ernsthaft getrennt haben, und zwar nicht auf Jahre, sondern eher auf Jahrzehnte. Es gelte jedoch zumindest die wenigen erhaltenen Brücken wie OSZE, Europarat, Russland-NATO-Rat – zu bewahren. Das gilt auch für das Wiener Dokument.

Der Text ist die Langfassung des Beitrages, der in WeltTrends Nr. 154, August 2019, erschienen ist.

Zum Autor:

Prof. Dr. habil. Wolfgang Kubiczek

Senior Research Fellow des WeltTrends-Instituts für Internationale Politik, geb. 1942, Studium am Moskauer Institut für Internationale Beziehungen, 1967– 1989 Institut für Internationale Beziehungen, Potsdam, 1990 Außenministerium der DDR und Teilnahme an den Wiener Verhandlungen.

Wolkub2@gmail.com